

# **Vom Widerstand zur Themenführerschaft: Lichtblicke beim Ersten gesamtösterreichischen Ratschlag**

von Leo Gabriel

Allein die Tatsache, dass VertreterInnen von 18 verschiedenen zivilgesellschaftlichen und politischen Organisationen aus den verschiedensten Bereichen wie Gewerkschaft, Arbeitsloseninitiativen, MigrantInnen, FriedensaktivistInnen, ATTAC, KPÖ, SP-Linke, „Superlinke“ und Grüne am vergangenen Samstag den Weg zur Volkshochschule Ottakring gefunden haben, wo über die Initiative einer aus dem Österreichischen Sozialforum hervorgegangenen Vorbereitungsgruppe aus Leoben, Graz, Wien und Innsbruck am 13. November der Erste Gesamtösterreichische Ratschlag (EGR) zur Gründung einer politischen Alternativkraft zusammentrat, ist schon als Erfolg zu werten. Auch wenn es sich dabei nicht um gewählte RepräsentantInnen handelte, waren auf eine oder andere Weise jeder und jede der Anwesenden ein/e Delegierte/r seines oder ihres spezifischen Umfelds.

Dementsprechend waren die Impulsreferate, die sich mit den Spitzen der gesamten Band- und Tragweite der gesellschaftlichen, politischen, ökonomisch-ökologischen und zivilisatorischen Krise, die derzeit ganz Österreich befallen hat, auseinandersetzen, von einem selten gehörten Tiefgang in der Analyse. Vor allem verstanden es die RednerInnen innerhalb kürzester Zeit die Knackpunkte der gesamtgesellschaftlich relevanten Diskussion herauszuarbeiten und jenseits der ideologisierten Sprache der traditionellen linken Gruppierungen zu einer Art bildhaften Synthese zu bringen.

Wenn sich z.B. Tarafa Baghayati von der Initiative Muslimischer ÖsterreicherInnen an die Zeit erinnerte, als er selbst und viele andere vor einem Vierteljahrhundert in Österreich wohlwollend aufgenommen wurde und in Vergleich dazu auf die pseudowissenschaftliche Argumentation verwies, mit der heute der Rassismus und die Islamfeindlichkeit kaschiert wird, machte das den buchstäblichen Rückschritt in Sachen Migrationspolitik deutlich. Baghayati stellte den halsbrecherischen Widerspruch einer Gesellschaft dar, in der sich ausgerechnet die rechtsradikalen Elemente auf die sogenannten zivilisatorischen Errungenschaften beriefen, wie eine machistische, teilweise gewaltbereite Volkskultur jetzt vor Feminismus und Toleranz nur so sprühten, um die Widersprüche und Konflikte innerhalb der Bevölkerung zu schüren.

Ebenso bildhaft und eindringlich war auch der Diskurs der namhaften Klimaforscherin Helga Kromp-Kolb, als sie die gegenwärtige Situation mit der auf der Titanic kurz vor ihrem Untergang verglich: „Es war egal, in welcher Klasse sich die Passagiere befunden hatten als das Schiff auf den Eisberg zuraste“, sagte Kromp-Kolb und betonte, dass das ökologische Problem von welcher Seite man es auch immer betrachten würde nur durch eine Veränderung des Systems und des Lebensstils der Bevölkerung im Norden, aber auch im Süden erreicht werden könne.

Die tagespolitisch aktuellste Diskussion aber entspann sich im Anschluss an das Referat von Wilfried Hanser-Mantl von einer Arbeitsloseninitiative in Innsbruck, der auf die vielen Kürzungen im Sozialbudget hinwies, von denen die Medien anfänglich überhaupt nichts berichtet hatten. Dazu gehören etwa die einschneidende Reduktion der Beratungsdienste wie dem psychosozialen Notdienst in Oberösterreich oder die Abschaffung der außeruniversitären Wissenschaft.

Doch was tun? Und was heißt: was tun? Ein Aktivist brachte die Antwort auf diese Frage auf den Punkt: „Wie können wir den Widerstand, der sich jetzt vielfach artikuliert in eine Themenführerschaft unsererseits überführen?“

- In der anschließenden Diskussion in den Arbeitskreisen nahm dieses Anliegen durchaus konkrete Formen an. Viel diskutiert wurde über die aus den Kreisen der SP-Linken stammende Idee, ein Volksbegehren für die Einführung einer Vermögens- oder Reichensteuer für Einkommen von über 500 000 Euro zu initiieren. Denn – so wurde festgestellt – eine bloße Anhebung der Steuer bei jenen 10 Prozent der Bevölkerung, die über zwei Drittel der Ressourcen verfügen auf das durchschnittlich innerhalb der EU übliche Niveau, würde Österreich vier Milliarden Euro einbringen; viel mehr also als die auf 2,8 Milliarden Euro bezifferten so genannten „Einsparungen“, die in Wirklichkeit nur die sozial Schwächsten treffen.
- Ein anderer Vorschlag stammte vom Verein der Völkerverständigung, der auf die Forderung an die österreichische Bundesregierung nach einer klaren Position zum Thema Klimaschutz gerichtet war. Um den „Rechten der Mutter Erde“ wie es der bolivianische Staatspräsident Evo Morales bezeichnet, auch auf der Ebene der internationalen Staatengemeinschaft (UNO) zum Durchbruch zu verhelfen, sollte eine Kampagne gestartet werden, welche die Staaten des Nordens dazu verpflichtet, die so genannten „Klimaflüchtlinge“ (das sind jährlich etwa 50 Millionen Menschen) aufzunehmen.

Und last, but not least wurde von den Delegierten zum EGR ein offener, vom Grazer Universitätsprofessor Christian Lager stammender offener Brief an Finanzminister Erwin Pröll unterstützt, in dem die unsoziale Logik des gegenwärtigen Budgetentwurfs zuerpflichtet wird. Weiters sprach sich der Ratschlag für die Unterstützung des Protests des psychosozialen Notdiensts in Oberösterreich aus, der um 33 Prozent gekürzt werden soll.

Um alle diese Initiativen und Pläne umzusetzen bedarf es allerdings einer besseren Koordination und einer Erweiterung der verschiedenen sozialen und politischen Bewegungen, die sich am vergangenen Samstag in der Volkshochschule Ottakring in Wien eingefunden hatten. Das war den Delegierten durchaus bewusst und so wurde eine aus verschiedenen Bundesländern stammende und die angesprochenen Themenkreise abdeckende Koordinationsgruppe ins Leben gerufen, die sich im Anschluss an das nächste Vorbereitungstreffen des Österreichischen Sozialforums am 17. Dezember treffen soll. In der Zwischenzeit sollen die Mitglieder der Koordinationsgruppe möglichst viele soziale, gewerkschaftliche und politische Organisationen ansprechen, um herauszufinden, ob und in welcher Weise sie bereit wären, die am EGR vorgeschlagenen Initiativen zu unterstützen.

Um diese gesamtösterreichische Strategiedebatte im europäischen Kontext zu positionieren fand zu Abschluss des Ratschlags eine von Trautl Brandstaller moderierte Diskussion mit Raquel Garrido von der französischen Linkspartei „La Gauche“ statt, einer Fraktion innerhalb der Sozialistischen Partei Frankreichs, die sich von dieser vor ca. einem Jahr getrennt hatte und sowohl bei den Europawahlen als auch bei den Gemeinderatswahlen mit 7% der Stimmen bez. 5 Abgeordnete in Brüssel ziemlich erfolgreich war. „Lasst euch nicht einschüchtern“ sagte Garrido mit der Autorität einer Bewegung, die in den letzten Wochen und Monaten im ganzen Land Millionen Menschen auf die Strasse brachte, „denn solange die Krise anhält, wird es die Notwendigkeit einer linken Alternative geben, die in der Lage ist, der extremen Rechten das Wasser abzugraben!“